

Wohlers, Eckhardt

Article — Digitized Version

Gedämpft optimistisch

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wohlers, Eckhardt (1997) : Gedämpft optimistisch, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 11, pp. 616-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137549>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Horrormeldungen der letzten Wochen über Börsencrashes, Pleitenrekorde, immer größere Lächer in den öffentlichen Kassen und neue Höhen erklommene Beiträge in den Sozialversicherungen zeichnen ein recht trübes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik. Andererseits hat sich, wie die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten konstatieren, auch in Deutschland die Konjunktur im Laufe dieses Jahres spürbar belebt. Getragen wird die Expansion allerdings immer noch vorrangig vom Export; die Binnennachfrage kommt nur zögernd voran. Ein erheblicher Hemmschuh ist der von einer Strukturkrise geschüttelte Bau; die Bauinvestitionen sind in diesem Jahr spürbar zurückgegangen.

Angesichts der weiterhin günstigen monetären Rahmenbedingungen und der verbesserten internationalen Wettbewerbsfähigkeit erwarten die Institute, daß sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland im kommenden Jahr in ähnlichem Tempo wie bisher fortsetzt. Eine etwas ruhigere Gangart beim Export wird durch eine stärkere Expansion der Binnennachfrage kompensiert, zu der auch eine regere Investitionstätigkeit beiträgt. Insgesamt rechnen die Institute für 1998 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,8%, nach 2,4% in diesem Jahr. Mit dieser Einschätzung bewegen sie sich eher am unteren Rand des derzeitigen Prognosespektrums. Ein Grund dafür ist die ungünstigere Beurteilung der Entwicklung im Bau; hier sehen sie nicht zuletzt wegen der Anpassungsprobleme in Ostdeutschland auch für 1998 noch keine durchgreifende Besserung.

Trotz der Festigung der Konjunktur und eines Wachstums von fast 3% bleibt die Lage am Arbeitsmarkt trübe. Zwar gehen die Institute davon aus, daß sich die fortschreitende Erholung von Nachfrage und Produktion allmählich auch in höheren Beschäftigtenzahlen niederschlägt. Gleichwohl wird die Zahl der Arbeitslosen 1998 trotz



Eckhardt Wohlers

Gedämpft optimistisch

eines leichten Rückgangs im Jahresverlauf mit 4,42 Mill. nochmals um 40000 Personen höher sein als in diesem Jahr. Verbessern wird sich die Arbeitsmarktsituation überdies in erster Linie in Westdeutschland; in Ostdeutschland wird die Arbeitslosenquote im nächsten Jahr auf fast 20% klettern. Ausschlaggebend dafür ist die Strukturkrise im Bau; sie trägt auch maßgeblich dazu bei, daß das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland in diesem wie auch im nächsten Jahr hinter dem in Westdeutschland zurückbleibt.

Unerläßliche Voraussetzung für eine durchgreifende Entspannung am Arbeitsmarkt ist ein langanhaltender wirtschaftlicher Aufschwung mit hoher Investitionsdynamik. Dazu bedarf es insbesondere einer weiteren Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Anders als in einer Reihe anderer europäischer Länder ist in Deutschland die Wirtschaftspolitik dazu aber offenbar gegenwärtig nicht in der Lage, wie exemplarisch das Scheitern der - unter Wachstumsaspekten dringend gebotenen - Steuerreform zeigt. Die nun beschlossene Senkung des Solidaritätszuschlages ist nur ein unzureichender Ersatz; immerhin verhindert sie, daß die Belastung mit Steuern und Abgaben noch weiter

ansteigt. Die gegenwärtige Lähmung der Finanzpolitik, die nicht allein der Regierung anzulasten ist, stellt eine spürbare Belastung des Konjunkturklimas dar.

Auch die notwendige Reform der Rentenversicherung kommt nicht voran. Das von der Regierung vorgelegte Konzept könnte zwar eine gewisse Stabilisierung bringen, im Wahljahr 1998 wird jedoch die Umsetzung gescheut. Auch deshalb muß nun erst einmal der Rentenversicherungsbeitrag auf das Rekordniveau von 21% heraufgesetzt werden, was wiederum die Lohnnebenkosten in die Höhe treibt und weitere Arbeitsplätze gefährdet. Das alternativ ins Auge gefaßte Auffüllen der Lächer in der Rentenkasse durch Erhöhung von Verbrauchsteuern, speziell der Mehrwertsteuer, mag sich zwar, durch Verbilligung von Arbeit gegenüber Kapital, auf mittlere Sicht positiv auf die Beschäftigung auswirken. Kurzfristig sind davon jedoch in der gegenwärtigen Situation wohl erst einmal tendenziell dämpfende Einflüsse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu erwarten.

Die ständige Erhöhung der Lohnnebenkosten wird mehr und mehr auch zur Hypothek für die Lohnpolitik. Diese hat in den letzten anderthalb Jahren durch maßvolle Tarifabschlüsse und mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit verstärkt Beschäftigungserfordernissen Rechnung getragen. Wenn dies gleichwohl noch kaum zu höherer Beschäftigung führte, so auch deshalb, weil die Lohnzurückhaltung durch den Anstieg der staatlich verursachten Lohnnebenkosten teilweise wieder aufgewogen wurde. Das sollte aber nicht zum Anlaß genommen werden, nun auch in der Lohnpolitik wieder einen expansiveren Kurs einzuschlagen. Um die Beschäftigungsaussichten nachhaltig zu verbessern, bedarf es auch weiterhin einer moderaten Lohnentwicklung. Sie würde zudem der Geldpolitik ihre stabilitätspolitische Aufgabe erleichtern und so dazu beitragen, den Aufschwung zu sichern.